



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
**9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses**  
**am 20.10.2009**  
**in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Helmut Ringe  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede      Vertretung für Abg. Reinhard Trau  
Abg.e Angela van Beek  
Abg. Henri Blanken  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg. Dr. Peter Fröhlich      Vertretung für Abg. Jan-Christoph Oetjen  
Abg.e Barbara Frömming      Vertretung für Abg. Rüdiger Bruns  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Lühr Klee  
Abg. Volker Kullik      Vertretung für Abg. Ralf Borngräber  
Abg. Hartmut Leefers      bis 16.30 Uhr  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Detlef Steppat

#### **Interessenvertreter**

Frau Friedegund Müller  
Herr Heinz Bruns  
Frau Frauke Fröhlich  
Frau Sara Ena Hecheltjen  
Herr Niels Kruse  
Herr Horst Dieter Werwoll      Vertretung für Herrn Rainer Christmann

#### **Verwaltung**

Erster KR Dr. Torsten Lühring  
KAR Horst Wilshusen  
KA Hainer Schmökel  
Frau Marianne Schmidt

### **Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Schulausschusses am 28.05.2009
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) - zusätzliche Gesamtschulangebote  
Vorlage: 2006-11/0776
- 6 Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf "Geistige Entwicklung"  
Vorlage: 2006-11/0777
- 7 Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung  
Vorlage: 2006-11/0771
- 8 Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 24.09.2009:  
Erstattung von Schülerbeförderungskosten  
Vorlage: 2006-11/0772
- 9 Anfragen

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Ringe** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Nach kurzer Aussprache stimmen die Ausschussmitglieder einvernehmlich einer Videoaufzeichnung von Auszügen des öffentlichen Teils der Ausschusssitzung durch einen anwesenden Vertreter der Rotenburger Kreiszeitung zu.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Änderungswünsche oder -notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Schulausschusses am 28.05.2009**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 7

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Erster KR Dr. Lühring** berichtet, das Niedersächsische Kultusministerium habe zwischenzeitlich den Antrag der Samtgemeinde Geestequelle auf Errichtung einer „Gemeinsamen Haupt- und Realschule Oerel/Geestequelle“ zum Schuljahresbeginn 2010/11 abgelehnt. Begründet worden sei die Ablehnung damit, dass ein neuer Erlass des MK die Möglichkeit eines gemeinsamen Unterrichts von Haupt- und Realschulen bis einschließlich Klasse 7 ermögliche. Darüber hinaus wolle man keine weitergehenden Schulversuche genehmigen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand sei eine Ausdehnung der Erlassregelung bis einschließlich Klasse 8 vorstellbar. Für die Genehmigung eines weitgehend gemeinsamen Unterrichts von Haupt- und Realschule bis einschließlich Klasse 10, wie es das Oereler Schulkonzept vorsehe, sei eine Genehmigung allerdings derzeit nicht zu erreichen. Zu den Perspektiven und Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des Schulstandortes Oerel sei ein Gesprächstermin im Kultusministerium am 21.10.2009 mit Vertretern der Samtgemeinde und des Landkreises vereinbart worden.

**Herr Dettling** erklärt, infolge rückläufiger Schülerzahlen werde sich künftig zunehmend die Notwendigkeit ergeben, Unterricht gemeinsam zu gestalten. Es müssten hierbei Anstrengungen unternommen werden, eine bessere Kompatibilität zwischen den Unterrichtsinhalten von Haupt- und Realschule zu schaffen. Auch müsse auf eine bessere Verzahnung mit den Angeboten der berufsbildenden Schulen hingearbeitet werden.

Zu dem für den Schulstandort Oerel geplanten Schulkonzept erläutert **Vorsitzender Ringe** noch einmal, dass man eine gemeinsame Schule bis einschließlich Klasse 10 anstrebe, mit dem Angebot leistungsgerechter Kurse.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) - zusätzliche Gesamtschulangebote**  
**Vorlage: 2006-11/0776**

---

Im Rahmen einer Präsentation erläutert **Erster KR Dr. Lühring** die Ergebnisse der kreisweiten Elternbefragung zur Feststellung des Bedürfnisses für die Errichtung neuer Gesamtschulen im Landkreis und die sich hieraus ergebenden Handlungsoptionen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Vorsitzender Ringe** erklärt, auch wenn auf der Grundlage der Ergebnisse der Elternbefragung - bei Berücksichtigung der seitens des MK geforderten Mindestgrößen für neue Gesamtschulen - eine Chance für eine Genehmigung derzeit wohl nur am Standort Sittensen bestehe, sei der Beschlussvorschlag gleichwohl nicht akzeptabel. Ziel des weiteren politischen Handelns müsse sein, die Vorgaben des MK zu ändern. Die bloße Frage der Zügigkeit einer Schule könne nicht wichtiger sein als von den örtlichen Schulträgern gemeinsam mit Schulen und Elternschaft entwickelte Konzepte für eine gute Schule vor Ort. Durch ein solches Angebot könne dem Wegzug aus dem ländlichen Bereich entgegengewirkt werden. Die erheblichen Anstrengungen der Gemeinden z.B. im Bereich der Kindertagesstätten liefen leer, wenn ab Klasse 5 regelmäßig eine längere Reise zur weiterführenden Schule erforderlich werde. Wenn man diese Initiativen vor Ort nicht unterstütze, bestehe die Gefahr, dass sich das Engagement und der gute Wille aller Beteiligten schnell in Frust verwandele. Dem MK müsse deutlich gemacht werden, dass die derzeit geforderten Mindestgrößen für die Errichtung neuer Gesamtschulen für den Landkreis Rotenburg (Wümme) als ländlich geprägtem Flächenkreis nicht passen. Man sollte diese Vorgaben nicht einfach so hinnehmen. Die Beispiele der KGS Tarmstedt und des Gymnasiums Sottrum zeigten, dass man mit Engagement durchaus etwas für die Region erreichen kann. Nur ein neuer Gesamtschulstandort sei angesichts einer kreisweit recht hohen Zustimmungquote für diese Schulform zu wenig. Im südlichen und im nördlichen Bereich des Kreises hätte man so weiterhin kein in zumutbarer Entfernung erreichbares Gesamtschulangebot. Darüber hinaus stünde eine IGS auch weiterhin im gesamten Landkreis nicht zur Auswahl.

**Abg. Leefers** räumt ein, dass andere Beschlussvorschläge sicher wünschenswert sein mögen. Der Landkreis müsse sich allerdings im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorgaben bewegen. Für nunmehr im Nachhinein verschiedentlich zu hörende Äußerungen, die Eltern hätten beim Ausfüllen der Fragebögen vielleicht besser andere Wünsche geäußert, habe er kein Verständnis. Er sei der festen Überzeugung, dass die Eltern ihr Votum mit bestem Wissen und Gewissen im Interesse der weiteren Entwicklung ihrer Kinder abgegeben hätten. In Bezug auf den IGS-Standort Bothel räumt er ein, dass die erforderliche Mindestschülerzahl hier langfristig nicht sehr deutlich unterschritten werde. Da sich die im Rahmen der Elternbefragung ermittelten Schülerpotentiale für die Standorte Sittensen und Bothel allerdings zum Teil auch überschritten, sollte man nicht riskieren, durch eine zusätzliche Antragstellung für den Standort Bothel am Ende auch die - aussichtsreichere - Genehmigung für eine KGS in Sittensen zu gefährden. Zur Sicherung der gemeindlichen Schulstandorte sollte nunmehr die Zusammenarbeit der Haupt- und Realschulen weiterentwickelt werden.

**Abg. Steppat** erklärt, unabhängig davon, was das Land für schulpolitische Ziele verfolge, zeige das Beispiel der KGS Tarmstedt deutlich, dass dieses Schulmodell im ländlichen Bereich funktioniere und angenommen werde. Man müsse den Vorgaben des MK nicht sklavisch folgen. Er betrachte auch eine Antragstellung für weitere Standorte, wie insbesondere für eine IGS Bothel, als durchaus sinnvoll, da man auf diesem Wege die Elternwünsche nach Hannover transportieren könne.

**Abg. Kullik** dankt der Verwaltung für die in Zusammenhang mit der Durchführung und Auswertung der kreisweiten Elternbefragung geleisteten umfangreichen Arbeiten. Wie auch im Vortrag von **Erster KR Dr. Lühring** deutlich geworden, sei die Weiterentwicklung der Haupt- und Realschulen nunmehr vordringliche Aufgabe der Schulentwicklungsplanung. Die verschiedenen Elterninitiativen sowie die Befragungsergebnisse dokumentieren eine Aufbruchstimmung. Nachdem es zunächst nur drei Samtgemeinden waren, die den Landkreis um Zustimmung zu einer örtlichen Elternbefragung zur Ermittlung des Bedürfnisses für eine Gesamtschule gebeten hatten, seien im Rahmen der kreisweiten Befragung dann schon sechs mögliche neue Gesamtschulstandorte zu Wahl gestellt worden. Es sei vor Ort von Schulen, Schulträgern und Eltern viel Arbeit geleistet worden, so dass die Enttäuschung darüber, dass nun doch nur für einen neuen Standort ein Antrag auf Errichtung einer Gesamtschule gestellt werden soll, gut nachvollziehbar sei. Als unglücklich habe er örtliche Aufrufe empfunden, mit denen Eltern ein „taktisches“ Ausfüllen des Fragebogens nahegelegt worden sei. So sei etwa darauf hingewiesen worden, dass man besser nicht als Zweitwunsch den Nachbarstandort auswählen sollte, da dieses den eigenen Standort gefährden könnte. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) seien flexiblere Verbundlösungen erforderlich als derzeit vom MK vorgegeben. So müsste z.B. die Forderung nach mindestens 2 vollen Gymnasialzügen innerhalb einer KGS heruntergeschraubt werden.

**Abg. Kullik** schlägt vor, den zweiten Teil des Beschlussvorschlags durch einen seitens der SPD-Kreistagsfraktion vorbereiteten Text zu ersetzen. Eine Ausfertigung dieses Textes wird an die Ausschussmitglieder verteilt.

**Abg. Klee** bedankt sich für die geleisteten Auswertungsarbeiten und den offenen Umgang mit dem Thema neue Gesamtschulen durch die Kreisverwaltung. Er betrachte es zunächst einmal grundsätzlich als positiv, dass im Landkreis zum Schuljahr 2010/11 nun zumindest ein zusätzlicher KGS-Standort entstehen werde - die Genehmigung durch die Landesschulbehörde vorausgesetzt. Der insgesamt sehr knappe Zeitrahmen für die Bedürfnisermittlung direkt nach den Sommerferien sei problematisch gewesen. So sei die Durchführung von Informationsveranstaltungen, insbesondere an den Standorten, an denen die Gesamtschulthematik zuvor noch nicht so ausführlich diskutiert worden sei, kaum möglich gewesen.

Der Antrag für die Errichtung einer KGS in Sittensen sollte nunmehr auf den Weg gebracht werden. Es müsse aber darüber hinaus weiterhin auf die Errichtung von Gesamtschulangeboten auch für den südlichen und nördlichen Bereich des Landkreises hingearbeitet werden. Für den Bereich des Südkreises regt **Abg. Klee** an, über eine Verbundlösung der beiden Schulstandorte Bothel und Visselhövede nachzudenken.

**Abg. Bargfrede** weist darauf hin, dass eine Genehmigung für den vorgeschlagenen Antrag auf Errichtung einer KGS am Standort Sittensen nicht garantiert sei. Um eine Genehmigung zu erreichen, seien der Landesschulbehörde gegenüber über die reinen Befragungsergebnisse hinaus noch weitergehende Potentiale im Hinblick auf die Entwicklung des Schulstandortes Sittensen aufzuzeigen. Eine zusätzliche Antragstellung für den Standort Bothel mindere die Chancen auf eine Genehmigung für eine KGS Sittensen. **Abg. Bargfrede** begrüßt die grundsätzliche Vorgabe des Landesgesetzgebers, wonach das 3-gliedrige Schulsystem weiterhin als Wahlmöglichkeit für die Eltern erhalten bleibe. Aufgrund der notwendigen Differenzierungen in der Unterrichtsgestaltung halte er die Vorgabe einer 5-Zügigkeit für Integrierte Gesamtschulen für nachvollziehbar. Er bezweifle, dass eine flächendeckende Einführung von Gesamtschulen die richtige Antwort auf zurückgehenden Schülerzahlen im ländlichen Bereich sein könne. Eine Chance zur Sicherung einer ortsnahen Beschulung im Sekundarbereich I sehe er eher in einer Weiterentwicklung der zusammengefassten Haupt- und Realschulen.

In Bezug auf den seitens der SPD-Fraktion vorgelegten Textvorschlag zur Ergänzung des Beschlussvorschlags erklärt **Abg. Bargfrede**, dass dieser zunächst beraten werden müsse.

**Abg. Klee** betrachtet die Entwicklung des 3-gliedrigen Schulsystems in Niedersachsen seit der Schulreform in Niedersachsen im Jahre 2004 als äußerst problematisch. Inzwischen würden zum Teil 50% der Schüler eines Jahrgangs am Gymnasium angemeldet - zu einem nicht unerheblichen Teil entgegen der seitens der Grundschule ausgesprochenen Schullaufbahnpfählung. Das Gymnasium habe sich hierdurch immer mehr zu einer Art „Gesamtschule“ entwickelt. Ein nicht unerheblicher Teil der dort in Klasse 5 angemeldeten Schüler erreiche die gymnasiale

Oberstufe gar nicht, da sie mit den Anforderungen dieser Schulform schlichtweg überfordert seien. Dieses bringe im Unterricht erhebliche Probleme mit sich. Die Realschule habe mit ähnlichen Problemen zu kämpfen.

**Vorsitzender Ringe** merkt in diesem Zusammenhang an, dass eine Schullaufbahnpfempfehlung bereits nach der 4. Klasse äußerst problematisch sei, da die Entwicklung vieler Schüler zu diesem frühen Zeitpunkt ihrer Schullaufbahn nicht einmal halbwegs verlässlich eingeschätzt werden könne.

**Abg. Keller** bekräftigt, man sollte nun erst einmal mit dem Antrag für die Errichtung einer KGS in Sittensen starten. Im Rahmen der Anhörung vor der Sitzung des Schulausschusses am 28.05.2009 hätten die Schulexperten anschaulich verdeutlicht, dass eine einmal errichtete Gesamtschule regelmäßig gut nachgefragt werde. Die Erfahrungen mit dem Start einer KGS Sittensen könnten hier durchaus richtungsweisend in Bezug auf die Bestrebungen zur Errichtung weiterer Gesamtschulangebote sein.

Zu der angeregten Verbundlösung für die Schulstandorte Bothel und Visselhövede berichtet **Erster KR Dr. Lühring**, der Landkreis Osterholz strebe ein Modell einer gemeinsamen IGS an drei Schulstandorten an. Dieses habe das MK allerdings abgelehnt. Eine gemeinsame IGS für die Standorte Bothel und Visselhövede sei allenfalls dann vorstellbar, wenn einer der beiden Standorte - nach den Ergebnissen der Elternbefragung wäre dies dann wohl Visselhövede - aufgegeben werde. Eine solche Überlegung halte er jedoch nicht für sinnvoll, da die Schülerzahlen im Sekundarbereich I in Visselhövede auch perspektivisch so hoch sind, dass die Aufrechterhaltung eines Angebotes vor Ort hier eine höhere Priorität haben sollte. In Bezug auf die Antragstellung für die Errichtung einer KGS in Sittensen sei nunmehr Eile geboten. Über die Antragstellung bestehe offensichtlich Konsens. Darüber hinaus schlägt er vor, nunmehr Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der Haupt- und Realschulen im Landkreis zu erarbeiten.

**Abg. Fröhlich** erklärt, im Hinblick auf die Problemstellungen vor Ort sei die Unzufriedenheit mit den derzeitigen Vorgaben der Landespolitik durchaus nachvollziehbar. Neben der nunmehr vorgeschlagenen Antragstellung für eine KGS Sittensen könne daher die gemeinsame Erarbeitung einer Resolution mit den Samt- und Einheitsgemeinden des Landkreises durchaus sinnvoll sein.

**Abg. Engelken** richtet an **Herrn Dettling** die Frage, inwieweit eine gleichzeitige Beantragung der Errichtung einer KGS Sittensen und einer IGS Bothel tatsächlich die - aussichtsreichere - Genehmigung für eine KGS Sittensen gefährden könnte. **Herr Dettling** erläutert hierauf, dass die vorliegenden Zahlen aus der kreisweiten Elternbefragung für den Nachweis eines Bedürfnisses für die gleichzeitige Errichtung einer KGS Sittensen und einer IGS Bothel nicht ausreichten. Es könnte hier darüber hinaus auch ein „Dominoeffekt“ eintreten, wonach am Ende kein Standort die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllte.

Zur grundsätzlichen Frage der Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Schullandschaft im Landkreis Rotenburg (Wümme) ergänzt **Herr Dettling**, dass insbesondere die Hauptschule infolge der Auflösung der Orientierungsstufen erheblich unter Druck geraten sei. Die bereits vor dem als durchaus erfolgreicher Schulversuch laufende „Sekundarschule“ in Oerel könnte ggf. richtungsweisend in Bezug auf den Erhalt eines wohnortnahen, vielfältigen Beschulungsangebotes sein.

**Herr Werwoll** schlägt vor, nunmehr zunächst über die Antragstellung auf Errichtung einer KGS in Sittensen zu befinden. Darüber, was nach dieser ersten Entscheidung in Bezug auf die weitere Schulentwicklung im Landkreis gemeinsam auf den Weg gebracht werden könne, sollte man sich dann im Rahmen der weiteren Ausschussberatungen verständigen.

Als Vorschlag für eine über die Antragstellung für die Errichtung einer KGS Sittensen hinausgehende Beschlussfassung regt **Abg. Klee** an, die Verwaltung zu beauftragen, nunmehr noch einmal in einen Dialog mit den Samt- und Einheitsgemeinden des Kreises zu treten und ein Konzept für den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung der Schulstandorte zu erarbeiten.

**Abg. Bargfrede** erklärt, er könne sich mit einer Streichung des zweiten Teils des Beschlussvorschlages durchaus einverstanden erklären. **Abg. Frömming** regt an, man könne sich ja ggf. noch im Rahmen der folgenden Beratungen im Kreisausschuss und Kreistag auf eine ergänzende gemeinsame Erklärung verständigen.

Nach kurzer weiterer Aussprache sprechen sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich dafür aus, den zweiten Teil des Beschlussvorschlages zu streichen und über eine ersatzweise Formulierung im Rahmen der folgenden Beratungen im Kreisausschuss und Kreistag weiter zu befinden.

### **Beschluss:**

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt bei der Landesschulbehörde die Errichtung einer KGS am Schulstandort Sittensen zum Schuljahr 2010/11. Der bereits für den Schuljahresbeginn 2009/10 gestellte Antrag bleibt insoweit aufrechterhalten und wird entsprechend ergänzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 19          Nein-Stimmen: 0          Enthaltungen: 0

Punkt 6 der Tagesordnung:    **Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf "Geistige Entwicklung"**  
**Vorlage: 2006-11/0777**

---

**Vorsitzender Ringe** gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Beratungen der Arbeitsgruppe Förderbedarf GE und die insbesondere auch im Rahmen von Besuchen verschiedener Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft mit einem Angebot für diesen Förderbedarf gewonnenen Erkenntnisse.

**Erster KR Dr. Lühring** erklärt, im nördlichen Bereich des Landkreises bestehe bislang an der Schule am Mahlersberg nur ein eingeschränktes öffentliches Schulangebot für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf GE. Dieses Angebot solle schrittweise ausgebaut und die Schule am Mahlersberg zu einem Förderzentrum erweitert werden. Hierbei solle auch das Beschulungsangebot der Tagesbildungsstätte der Lebenshilfe in Selsingen erhalten bleiben, wobei man die dortigen Bestrebungen zur Umwandlung in eine Schule in freier Trägerschaft ausdrücklich begrüße.

**Herr Dettling** erläutert im Rahmen einer Präsentation die Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung der Schule am Mahlersberg zu einem öffentlichen Förderzentrum für die Bereiche Lernhilfe und Geistige Entwicklung. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

### **Beschluss:**

- Es wird die Errichtung eines öffentlichen Förderzentrums GE als Ganztagsangebot angestrebt.
- Hierbei wird eine kooperative Beschulung und - soweit möglich - auch eine integrative bzw. inklusive Beschulung angestrebt.
- Aufgrund des bei der Schule am Mahlersberg derzeit bereits vorhandenen GE-Angebots ist es naheliegend, diese Förderschule zu einem entsprechenden Förderzentrum weiterzuentwickeln.

Angesichts insgesamt sinkender Schülerzahlen sowie der vorrangig angestrebten kooperativen und integrativen Unterrichtsformen erscheint der Neubau einer eigenständigen Förderschule GE als nicht sinnvoll.

- Der Schulträger wird gemeinsam mit der Schule am Mahlersberg und der Landesschulbehörde ein Konzept erarbeiten.
- Die von der Helga-Leinung-Schule angestrebte Umwandlung in eine Förderschule in freier Trägerschaft - als weiterhin bestehendes ergänzendes Angebot - wird begrüßt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18          Nein-Stimmen: 0          Enthaltungen: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung**  
**Vorlage: 2006-11/0771**

---

**Erster KR Dr. Lühring** erläutert, der Landkreis trage einen Anteil von 60 % der laufenden Kosten der Haupt- und Realschulen in der Trägerschaft der Samt- und Einheitsgemeinden. Anders als bei den kreiseigenen Schulen bestehe bei den gemeindlichen Schulträgern leider keine Möglichkeit der Einflussnahme des Landkreises auf die Kostenentwicklung.

**Beschluss:**

Für die abschließende Vorauszahlung des Landkreises Rotenburg (Wümme) an die gemeindlichen Schulträger beim Schullastenausgleich werden im Teilhaushalt 3, Bildung und Kultur, Produkt 24.3.02, überplanmäßig 256.200 € bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 24. September 2009:**  
**Erstattung von Schülerbeförderungskosten**  
**Vorlage: 2006-11/0772**

---

Zu den im Landkreis Emsland eingeführten Ausgleichsleistungen für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler, die für einen Zeitraum von einem Monat oder länger auf Schülerbeförderungsleistungen verzichten, erläutert **KAR Wilshusen**, dieses Modell lasse sich nicht auf den Landkreis Rotenburg (Wümme) übertragen. Man arbeite hier mit 7 verschiedenen ÖPNV-Unternehmen zusammen und stelle den mit dem ÖPNV fahrenden Schulkindern Schülersammelzeitkarten zur Verfügung, die regelmäßig für das gesamte Schuljahr gültig seien. Wenn man hier die Möglichkeit einräumte, auf Antrag einzelne Monate herauszunehmen, bedeutete dieses einen enormen Verwaltungsaufwand nicht nur in der Kreisverwaltung sondern auch in allen Schulsekretariaten.

**Abg. Steppat** dankt für diese Erläuterung.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

**Vorsitzender Ringe** schließt die Sitzung um 17.20 Uhr.

---

(Ringe)  
Vorsitzender

---

(Dr. Lühring)  
Erster Kreisrat

---

(Schmökel)  
Protokollführer